

Luzerner Tagblatt

- Italiens Freiheit in Gefahr** 2
- 36 Seeleute vermißt** 2
- Tiefgarage unter dem Bahnhofplatz Luzern?** 12
- Menznu: 2 Verkehrsofper** LM



Ende Feuer

Die großen Herbstmanöver des Feldarmekorps 2 unter Oberstkorpskommandant J. J. Vischer sind gestern um 7 Uhr abgebrochen worden. 33 000 Mann, 6000 Motorfahrzeuge, 400 Panzer und 125 Kampfflugzeuge hatten sich bis vor die Tore Luzerns aufregende und anstrengende Kämpfe geliefert. Der Kommandant war mit seiner Truppe zufrieden (siehe auch unser Bericht auf der Seite «Letzte Meldungen») — und unser Hannibal leistet sich zu seiner und zur Freude des Fotografen ein Nickerchen.

Foto Ernst Scagnet

US-Konzessionen an Araber im Nahost-Konflikt

Israel gegen die von den USA vorgesehenen Zugeständnisse

New York, 6. Nov. (UPI) In Uno-Kreisen verlautete, daß es in der amerikanischen Haltung in der Nahostfrage gewisse Änderungen gebe. Das amerikanische Außenministerium in Washington hatte abgelehnt, Berichte aus Kairo, wonach die USA Ägypten einen neuen Friedensplan für den Nahen Osten vorgelegt hätten, zu bestätigen oder zu dementieren.

Aus informierten Uno-Kreisen verlautete, der amerikanische Vizeaußenminister Joseph Sisko habe bereits mit dem Sowjetbotschafter Dobrynin neue Nahostvorschläge erörtert. Die bekanntgewordenen Einzelheiten lassen auf einige amerikanische Zugeständnisse gegenüber den arabischen Forderungen schließen. Im einzelnen wurden folgende Punkte genannt:

— Rückzug der israelischen Streitkräfte auf die Demarkationslinien, die in den Waffenstillstandsbedingungen von 1948 festgelegt waren. Bisher war von einem Rückzug der israelischen Streitkräfte auf die am 5. Juni 1967 — also am Tag vor Ausbruch des Sechstageskrieges — besetzten Stellungen gesprochen worden.

— Ausführliche Diskussion über den umstrittenen Gazastreifen, der jetzt von israelischen Streitkräften besetzt ist, und über Scharm el Scheich, das für die israelische Schifffahrt wichtig ist, weil es die Einfahrt zum Golf von Akaba beherrscht.

— Freie Erörterung über die Schaffung entmilitarisierter Zonen zwischen Israel und angrenzenden arabischen Gebieten, ebenso über die Entsendung von Uno-Streitkräften in diese Zonen.

Die israelische Zeitung «Ma'Ariv» teilte mit, die amerikanischen Vorschläge ignorieren die israelischen Forderungen nach einer Territorialbrücke zwischen dem Hafen am Roten Meer, Eilat, und Scharm el Scheich; jenem Platz auf der Halbinsel Sinai, von wo aus die Araber den Golf von Akaba und den Zufahrtsweg nach Eilat vor Ausbruch des Sechstageskrieges im Sommer 1967 blockierten. Ferner werde im Vorschlag nichts von der territorialen Bereinigung erwähnt, die Israel an den Grenzen nach Syrien und Jordanien wünsche. Israelische Regierungsvertreter lehnen den Plan angeblich ab. Sie sehen darin eine Verschlechterung der

amerikanischen Nahostpolitik. «Der Vorschlag verlangt von Israel sehr viel, aber besteht sehr wenig zu», zitierte die Zeitung einen Regierungsvertreter.

Rückzug aus Libanon

Beirut, 6. Nov. ag. (AFP) Nach Angaben der Beirut Zeitung «Le Jour» haben sich die Guerillas aus den von ihnen besetzten Gebieten in der Gegend von Deir-al-Achayer zurückgezogen. Das Blatt meldete ferner, 90 von der libanesischen Armee gefangen genommene Palästinaer seien freigelassen worden und die Palästinaer hätten sich dafür verpflichtet, einen libanesischen Armeejeep zurückzugeben. — Eine andere Zeitung, «Al-Naba», meldete, die libanesischen Behörden und die Befreiungsorganisationen hätten alle Gefangenen freigelassen. Insgesamt handle es sich etwa um 200 Mann.

Neuer Auftrag an Karamo

Rachid Karamo ist vom libanesischen Staatschef Hélou mit der Bildung einer neuen Regierung betraut worden. Der frühere Regierungschef hat den Auftrag angenommen. Er gab bekannt, die Bildung einer neuen libanesischen Regierung sei nach den Vereinbarungen in Kairo möglich geworden.

Katzenjammer in Bolivien

Die Enteignung der «Gulf» hat für dieses lateinamerikanische Land eine unabsehbare Kette von Problemen geschaffen

Die nach der Enteignung der Gulf Oil Co. in Bolivien herrschende Euphorie ist zu Ende. Für die neuen Führer Boliviens war die Verstaatlichung ein politisches Erfordernis, um ihrem Regime ein revolutionäres Gepräge zu geben. General Ovando hatte einen «Tag der nationalen Würde» proklamiert, «damit das Volk seine Freude darüber ausdrückt, daß das Erdöl jetzt dem Staat gehört».

Besteht wirklich Anlaß zur Freude? Als erste Reaktion auf die Enteignung der «Gulf» setzte ein Run auf Dollars ein, da eine Abwertung der Währung befürchtet wird. Die Regierung sprach dunkel von einer «Aggression des Imperialismus und der Oligarchie» und schloß die Banken für drei Tage. General Ovando verkündete ein Sparprogramm und froh die Löhne ein. Vor allem sind die Minenarbeiter, denen er bereits Aufbesserungen versprochen hatte, tief enttäuscht.

Die Enteignung der «Gulf» hat für Bolivien eine unabsehbare Kette von Problemen geschaffen. Da ist zunächst die Frage der Entschädigung. Die Investitionen des Unternehmens in Bolivien betragen rund 140 Millionen Dollar. Es verlautet, daß die «Gulf» jedoch auch einen Schadenersatz für entgangenen Gewinn fordert; da sie — im Unterschied zur IPC in Peru — auf Grund sehr klarer Verträge in Bolivien gearbeitet hat. Allein der Wert ihrer Erdgasreserven wird auf 500 Millionen Dollar geschätzt. Bolivien hat nicht entfernt die Möglichkeit, derartige Beträge aufzubringen. Laut Bericht des Internationalen Währungsfonds hatte das Land am 31. August 32,2 Millionen Dollar Devisenreserven, die Auslandsschulden betragen rund 300 Millionen Dollar.

Ein weiteres Problem ist der Verkauf des auf den Feldern der «Gulf» geförderten Oels. Bisher wurde es über eine Pipeline nach dem chilenischen Hafen Arica gepumpt und von dort aus mit eigenen Tankern der «Gulf» nach den USA verschifft. Seit der Enteignung ist dieser Weg versperrt, und die bolivianische Regierung sucht jetzt dringend Abnehmer, vor allem in den Ländern der lateinamerikanischen Freihandelszone. Die Schwierigkeiten scheinen fast unüberwindlich, da die meisten Nachbarländer selbst Ölproduzenten sind und außerdem langfristige Lieferverträge mit anderen Ländern haben, soweit sie zusätzlichen Bedarf decken müssen.

Größte Sorge bereitet auch das Erdgasproblem. Bolivien verpflichtete sich 1968, ab Juli 1970 bis 1990 täglich 40 Millionen m³ Erdgas an Argentinien zu liefern. Zu diesem Zweck wurde — mit einem Kredit der Weltbank von 23 Millionen Dollar — der Bau einer Rohrleitung zur argentinischen Grenze begonnen. Das Erdgas sollte gemeinsam von der staatlichen Gesellschaft YPFB und der «Gulf» geliefert werden. Nun

hat die «Gulf» die Lieferung des aus Argentinien kommenden Baumaterials für die Rohrleitung blockiert, so daß die fristgerechte Gaslieferung schwer bedroht ist.

Die wegen des unterbrochenen Erdölverkaufs drastisch verminderten Deviseneinnahmen haben die Regierung veranlaßt, eine Regelung der Devisenverbrauchs anzukündigen. Der Internationale Währungsfonds hat bereits darauf hingewiesen, daß Bolivien der Klausel G-III unterworfen ist, die es zum völlig freien Devisenhandel verpflichtet. Sollte Bolivien dem zuwiderhandeln, würde es den Beistandskredit von 20 Millionen Dollar verlieren. Die Regierung könnte die Importe durch höhere Zölle einschränken, aber schon jetzt sind die Preise für importierte Waren dreimal höher als im benachbarten Peru.

Die Gulf Oil Corporation ist ein Mammut-Unternehmen, das 1901 von Andrew Mellon gegründet wurde. Ihr Anteil an den Weltölvorräten beträgt 13 Prozent, sie besitzt die zweitgrößte Tankerflotte der Erde. An der Kuwait Oil Co. und der Bahrain Petroleum Co. ist sie mit je 50 Prozent beteiligt. Die «Gulf» sagt, daß sie nicht 30 Prozent ihrer Gewinne an den Staat abgeführt habe, wie die Regierung behauptet, sondern einschließlich sämtlicher Steuern und Abgaben 47 bis 48 Prozent. Außerdem habe sie freiwillig auf die Abschreibung für die Erschöpfung der Quellen (depletion allowance) verzichtet. Sie ist bereit, jedem Revisor der Welt ihre Bücher vorzulegen, und fordert zunächst als Verhandlungsbasis die Festlegung eines Mindestbetrags für die Entschädigung. Guillermo Baumfeld

Grenzstreit Moskau-Peking ungelöst

Die chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen sind nach Ansicht des Ausland-Sprachrohres Pekings «Ta Kung Pao» bisher ohne Fortschritte verlaufen und festgefahren. Diese erste halbamtliche Stellungnahme der Volksrepublik China, die in Hongkong veröffentlicht wurde, steht im krassen Gegensatz zu optimistischen Moskauer Zeitungskommentaren und positiven Erklärungen sowjetischer Funktionäre.

(DPA) Das Blatt, das vielfach als Sprachrohr Pekings für die westliche Welt gilt, schreibt: «Die chinesisch-sowjetischen Verhandlungen über das Grenzproblem verlaufen nicht so reibungslos, wie manche in der Welt draußen es darzustellen versucht haben. Bisher gibt es keine Anzeichen für Fortschritte bei den chinesisch-sowjetischen Grenzgesprächen».

Die Zeitung umreißt die chinesischen Forderungen dahingehend, daß man zunächst einen Modus vivendi über den Status quo an der Grenze finden müsse. «Erst nach einem Rückzug der Streitkräfte zu beiden Seiten der umstrittenen Grenzsektoren können Schritte erörtert werden, um den Grenzstreit grundsätzlich zu regeln».

Nato-Skepsis gegenüber dem Vorschlag aus Prag

Die Nato-Partner werden den Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für eine «Europäische Sicherheitskonferenz» noch nicht annehmen — Sie wollen aber bilaterale Kontakte mit dem Osten fortsetzen, um Annäherungspunkte zu finden und das Terrain für eine spätere Ost-West-Konferenz vorzubereiten — Das ist das Ergebnis einer Sitzung des Nato-Rates

Brüssel, 6. Nov. ag. (DPA) Den Nato-Mitgliedern schwebt für die nächste Gesprächsrunde mit dem Osten eine Art Arbeitsteilung vor: Die Berlin-Gespräche sollen weiterhin von den drei Westmächten mit Moskau geführt werden; um einen Gewaltverzicht bemüht sich gegenwärtig vor allem die deutsche Bundesregierung; die Gespräche über wirtschaftliche Zusammenarbeit könnten im Rahmen des Uno-Wirtschaftsausschusses für Europa stattfinden, und die

Frage einer Truppenreduzierung könnte in erster Linie von den USA mit der Sowjetunion behandelt werden.

Nato-Generalsekretär Manlio Brosio verlas vor der Presse eine Erklärung, welche die Ergebnisse der Sonder Sitzung des Nato-Rats zusammenfaßt. Darin betont die Mitglieder der Allianz, daß sie grundsätzlich zu Verhandlungen mit dem Osten bereit sind, aber nur unter der Bedingung, daß es berechtigte Aussichten auf einen Erfolg gibt.

«Es gibt keinen Wunsch, eine Konferenz von ihrer selbst willen abzuhalten», erklärte Brosio. Dafür habe sich aber im Nato-Rat ein «starkes Verlangen» gezeigt, «die Arten von Verhandlungen sorgfältig vorzubereiten...». Die Allianz sei entschlossen, die Europa trennenden Probleme zu lösen.

Brosio meinte, dies sei keine Antwort auf die Prager Erklärung, sondern eine Weiterentwicklung der schon vor langer Zeit ergriffenen Initiative der Allianz. Der Nato-Rat bemängelt an der Prager Erklärung «das Fehlen jedes konkreten Eingehens auf die Probleme der europäischen Sicherheit» sowie die «vage Formulierung» der vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte. Die Vertreter Dänemarks, Norwegens und der Niederlande im Nato-Rat beurteilten die Erfolgsaussichten einer europäischen Sicherheitskonferenz am günstigsten. Starke grundsätzliche Bedenken gegen die vom Warschauer-Pakt vorgeschlagene Konferenz wurden nur von den portugiesischen, türkischen und griechischen Delegierten geäußert.

Der Vertreter Frankreichs, Botschafter Jacques Morizet, vertrat den Standpunkt, daß eine europäische Sicherheitskonferenz erst zum Abschluß von

Entspannungskontakten und als Beginn einer neuen Phase der Entspannung stattfinden sollte. Die Nato-Länder sollten nicht nur eine Entspannung mit Osteuropa, sondern auch eine Auflockerung innerhalb des Ostblocks anstreben.

Der amerikanische Vizeaußenminister Richardson und sein britischer Kollege, Europa-Minister Lord Thompson, stimmten weitgehend in der Ansicht überein, daß zunächst die bilateralen Gespräche mit Moskau und den anderen osteuropäischen Ländern stattfinden sollten. Eine Konferenz sei erst sinnvoll, wenn sie Aussicht auf Erfolg biete.

Budgetsorgen im Buckingham-Palast

(DPA) Die steigenden Lebenshaltungskosten machen den Finanzberatern der englischen Königin Elisabeth offenbar Sorgen. Eine Indiskretion aus dem Buckingham-Palast hat die britische Öffentlichkeit jetzt daran erinnert, daß die Monarchin seit ihrer Krönung 1952 keinen Penny Gehaltserhöhung bekommen hat. Die vom Staat bewilligte «Zivilliste» für den königlichen Haushalt beträgt seit 17 Jahren unverändert 475 000 Pfund. Die Kaufkraft dieses Betrages ist inzwischen so stark gefallen, daß die Königin jetzt jährlich rund 100 000 Pfund aus ihrem Privatvermögen «beisteuern» muß. Die Monarchin hat für 314 Bedienstete, für Staatsempfänger und viele Nebenansagen aufzukommen.

Vieles deutet darauf hin, daß die Regierung Wilson es vor den nächsten Wahlen nicht wagt, mit der Tradition zu brechen, wonach Zivilisten nach der Thronbesteigung nicht mehr gekündet werden. Viele Labourabgeordnete glauben auch, daß die Königin aus ihrem auf 60 Millionen Pfund geschätzten Privatvermögen genügend Einkünfte zum «zusetzen» hat.